

Grundsätze zu Werkstatt, Fässchen und Bestuhlung

Unna. Lange und intensiv hat sich die Politik gestern mit Grundsatzfragen zum Haushalt beschäftigt. Zu den Ergebnissen gehört der Auftrag, dass die Stadt kreisweit nach einer solidarischen Finanzierung der Werkstatt sucht. Für das Fässchen soll ein neues Konzept eventuell mit neuem Träger gefunden werden. Und die neue Bestuhlung für den Rat liegt zunächst auf Eis: Die Stadt sucht eine billigere Lösung. ➔ Seite 17



Die Stadt soll prüfen, ob es günstige neue Stühle für den Ratssaal gibt.



Senioren spielen mit Kinder Videospiele – eines von vielen Projekten im Fässchen. Dass die Arbeit des Seniorentreffs wichtig ist, darüber herrscht Konsens in der Politik. Ob die Stadt das Fässchen weiter betreiben muss oder an eine andere Organisation übergibt, das soll die Stadt aber nun klären.

Foto: Archiv

Wohngebiete, Kultur-Einsparung, Cannabis

Bürger liefern 56 sehr unterschiedliche Vorschläge zum Haushalt

Über das Internetportal der Stadt konnten Bürger drei Wochen lang eigene Vorschläge für Einnahmeverbesserungen oder Einsparungen machen. 34 E-Mails gingen im Rathaus ein. Sie enthielten 20 Ideen, wie die Stadt ihre Einnahmen verbessern könnte, 25 Sparvorschläge und elf weitere Ideen.

Zum Teil machten die Bürger Vorschläge, die eine

ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema verraten, die die Stadt aber ohnehin schon berücksichtigt. So sollen neue Wohngebiete entstehen, um junge Familien anzulocken. Die Stadt soll die Gewinnabführung ihrer Beteiligungen erhöhen, was etwa im Bezug auf die Sparkasse auch geplant ist.

Andere Ideen sind, verglichen mit dem, was politisch

mehrheitsfähig ist, relativ radikal. Acht Einsparungsvorschläge zum Beispiel beziehen sich auf die Kultur. Zuschüsse für das Lichtkunstzentrum sollen gekürzt oder gestrichen werden, auch bei der Lindenbrauerei soll die Stadt sparen. Recht weit reicht auch der Vorschlag, Lindenbrauerei und Stadthalle zu überplanen, ein Abriss sei vielleicht günstiger.

Ein Vorschlag besteht darin, die Grund- und Gewerbesteuer noch weiter zu erhöhen. Ein anderer dürfte vor allem daher rühren, dass sich der Absender über diese Steuern ärgert: „Der Stadtkasse auf die Finger schauen.“

Wieder eine andere Idee entspringt vermutlich einer persönlichen Vorliebe: „Cannabis legalisieren.“

Werkstatt und Fässchen wichtig, neue Sessel nicht

Politik steuert Fahrtrichtung für Haushalt der kommenden zwei Jahre nach

Von Thomas Raulf

Unna. Der Fahrplan für den Haushalt der kommenden zwei Jahre steht. Die Politik hat gestern im Haupt- und Finanzausschuss ihre geringen Spielräume ausgenutzt und für einige wichtige Punkte Grundsätze diskutiert.

Einer betrifft den Seniorentreff Fässchen. Die Stadt schlägt vor, den Treffpunkt an einen privaten Träger wie beispielsweise die Awo zu übergeben. Die CDU-Fraktion hatte beantragt, für den Treffpunkt ein Zukunftskonzept unter Führung der Stadt zu entwickeln. Nur die Stadt als Träger könne die Offenheit des Fässchens wie bisher garantieren, meint Fraktionschef Gerd Heckmann. Bürgermeister Werner Kolter betonte, das Fässchen bleibe Teil der Sozialpolitik in Unna, sein Bestand sei nicht gefährdet. Auf Basis des CDU-Antrags einigte sich der Ausschuss darauf, die Stadt solle das Fässchen optimieren und eine alternative Trägerschaft ausloten.

Werkstatt: Gespräch über neue Finanzierung

Einen hohen Stellenwert hat nach Einschätzung der Politik auch die Werkstatt im Kreis Unna. Die Stadt soll aber, so der gestrige Beschluss, die Spitzenfinanzierung in Höhe einer Viertel-million Euro tatsächlich streichen. Allerdings sollen noch im Frühjahr Gespräche auf Kreisebene geführt werden, um Kreis und Nachbarkommunen stärker an der

Finanzierung zu beteiligen. Scheitern diese Gespräche, soll die Politik noch einmal entscheiden. Kolter erinnerte auch daran, dass Kürzungen bei Maßnahmen der Werkstatt vor allem die am schwersten vermittelbaren Jugendlichen trafen.

Verhandlung mit Land und Uni über Landesstelle

Gespräche sollen auch „zeitnah“, so Kolter, eine Perspektive für das „Puzzle“ Landesstelle ergeben. Die Grünen beantragten, Räume der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Letztlich aber, so Kolter, habe der Rat eine langfristige Überplanung der Landesstelle beschlossen, die Wohnen und Hochschulnutzung vorsieht. Von diesen Plänen abzuweichen, sei gefährlich vor allem mit Blick auf die Hochschule, die viel Geld investiert habe. Die Stadt spreche mit dem Land und den Hochschulbetreibern über ein Gesamtkonzept. Mit großem Entgegenkommen gegenüber dem Land stelle sich die Stadt auch der Verantwortung für die Flüchtlinge. Das betonte Kolter leidenschaftlich nach einem entsprechenden Vorwurf der Linken. Aber die Hochschule, die das Areal der ehemaligen Schule nutzen will, habe auch einen Rechtsanspruch – eine Gratwanderung, so Kolter.

Geld für neue Stühle im Ratssaal gesperrt

Um vor allem den Bürgern ein Signal zu geben, hatten

die Grünen beantragt, dass die Stadt auf die Anschaffung neuer Stühle im Ratssaal und in Sitzungsräumen verzichtet. Eine Investition von 100000 Euro war an dieser Stelle geplant. Piraten und FLU sind zwar der Ansicht, dass viele Stühle tatsächlich ausgetauscht werden müssten. SPD, CDU und Linke schlossen sich aber den Grünen an. Man einigte sich darauf, dass die Stadt den 100000-Euro-Haushaltsansatz zwar für 2015 beibehält, diese Mittel aber zunächst gesperrt werden. Kol-

ter versprach, man werde erst intensiv prüfen, ob es eine günstigere Lösung gibt.

Zwei weitere Grünen-Anträge, die ein Sparsignal geben sollten, scheiterten allerdings: Die Fraktionszuwendungen sollen um fünf Prozent sinken, nicht wie von den Grünen vorgeschlagen um zehn Prozent. Die Stimmen von Grünen, Linken und Piraten reichten hier ebenso wenig wie bei der beantragten Kürzung der Aufwandsentschädigung für Aufsichtsräte städtischer Beteiligungen.

Grundsteuer sinkt um sieben Punkte

Leichte Entlastung beim Winterdienst

Die Grundsteuer soll zum kommenden Jahr nicht steigen, und es kommt noch etwas besser: Sie sinkt sogar leicht. Die Stadt reduziert den Steuersatz um den Betrag, der zur Finanzierung der Altfehlbeiträge beim Winterdienst nötig war. Kämmerer Karl-Gustav Mölle erklärte gestern noch einmal die Verbesserungen, die sich für den Haushalt ab-

zeichnen. Sie liegen vor allem bei der weniger belastenden Kreisumlage und beim Gemeindefinanzausgleich. So wird es möglich, im kommenden Jahr die Grundsteuer A (398 Prozentpunkte für landwirtschaftliche Betriebe) und die Gewerbesteuer (470 Punkte) auf dem bisherigen Niveau einzufrieren und die Grundsteuer B von 769 auf 762 Punkte zu senken.

Steuerbeschluss im Dezember

- Das weitere Vorgehen zur Planung des Finanzrahmens für die kommenden zwei Jahre ist zweigeteilt. Was die Politik gestern zur Haushaltssatzung vorbereitet hat, beschließt der Rat in seiner Sitzung

am 27. November.

- Für die Festlegung der Steuersätze ist die Ratssitzung am 18. Dezember maßgebend.
- Der Rat tagt jeweils öffentlich um 17 Uhr im Ratssaal.